

»Kein Grund sich zurückzulehnen«

Die Gemeinsame Konferenz Kirche und Entwicklung (GKKE) begrüßt, dass die Ampel-Koalition die Einführung eines Rüstungsexportkontrollgesetzes angekündigt hat. In ihrem Rüstungsexportbericht 2021 analysiert sie die deutschen Exportgenehmigungen aus dem Jahr 2020 und bewertet aktuelle Entwicklungen – darunter auch gravierende Missstände in der Rüstungsexportpraxis. Der evangelische Vorsitzende, Prälat Dr. Martin Dutzmann, folgert: »Es gibt also für die GKKE keinen Grund sich zurückzulehnen ...«. Wir dokumentieren Kernaussagen des GKKE-Berichtes.

Mit 5,82 Milliarden Euro sank der Wert der Einzelausfuhrgenehmigungen für Rüstungsgüter im Jahr 2020 im Vergleich zum Vorjahr (8,02 Milliarden Euro) deutlich. Die inzwischen bekannten Rekordwerte für 2021 zeigen jedoch, dass dies kein Vorzeichen einer Trendwende war. An Staaten außerhalb von EU, NATO und gleichgestellten Ländern wurden im Jahr 2020 Ausfuhren in Höhe von 2,92 Milliarden

Euro genehmigt. Damit belief sich der Anteil der Genehmigungen für Exporte an Drittstaaten auf 50,1 Prozent. Auf Kriegswaffen bezogen stieg dieser Anteil sogar auf 56 Prozent.

Höchst problematische Exportpraxis

Die GKKE findet deutliche Worte für die Genehmigungspraxis der Bundesregierung: Diese widerspreche ihren eigenen Grundsätzen und sei höchst problematisch. Obwohl die Bundesregierung das Gegenteil beteuere, würden deutsche Rüstungsgüter weiterhin auch an Länder geliefert, in denen staatliche Organe systematisch Menschenrechtsverletzungen begehen und in Regionen, in denen Gewaltkonflikte und regionale Rüstungsdynamiken zu beobachten sind. Unter anderem fordert die GKKE, Exporte an Staaten, die am Jemen- oder am Libyenkrieg beteiligt sind, ausnahmslos zu versagen.

Prälat Dr. Karl Jüsten, Dr. Simone Wisotzki und Prälat Dr. Martin Dutzmann stellen den GKKE-Bericht 2021 vor
Foto: dpa



Top 10-Empfängerländer 2020

Wert der Einzelausfuhrgenehmigungen

(in Euro)

1	Ungarn	838.413.290
2	Ägypten	763.771.115
3	Israel	582.405.816
4	Vereinigte Staaten	510.029.831
5	Vereinigtes Königreich	328.860.195
6	Katar	306.183.947
7	Singapur	243.814.528
8	Australien	236.897.525
9	Südkorea	224.973.049
10	Brasilien	114.282.539

Quelle: Rüstungsexportbericht 2021 der GKKE

Exporte an kriegführende Staaten

An Saudi-Arabien und die Vereinigten Arabischen Emirate – beide führend in der Jemen-Kriegskoalition – genehmigte die Bundesregierung im Jahr 2020 Rüstungsexporte im zweistelligen Millionenbereich. Bei den Genehmigungen für Saudi-Arabien in Höhe von über 30 Millionen Euro handelte es sich überwiegend um Teile für Eurofighter- und Tornado-Kampffjets, die als Zulieferungen im Rahmen von Gemeinschaftsproduktionen vom sogenannten »Exportstopp« ausgenommen waren.

Mit Ägypten lag ein Land auf Platz 2 (2019: Platz 3) der Empfänger deutscher Rüstungsexporte, das wegen Menschenrechtsverletzungen in der Kritik steht und sowohl am Jemen- als auch am Libyenkrieg beteiligt ist. 2020 erhielt das Militärregime von Präsident Abdel Fattah al-Sisi beispielsweise Patrouillenboote der Lürssen-Werft, die ursprünglich für Saudi-Arabien bestimmt waren – »somit fand sich jetzt ein neuer, wenngleich ebenso fragwürdiger Abnehmer«. Die Lürssen-Werft soll sogar planen, mit Technologie- und Know-how-Transfers den Aufbau einer Schiffsindustrie in Ägypten zu unterstützen.

Erwartungen an die neue Bundesregierung

Eine große Mehrheit der deutschen Bevölkerung lehnt Rüstungsexporte in Kriegs- und Krisengebiete ab. Die reale Entwicklung der Exporte sei davon aber unberührt, so die GKKE. Deshalb brauche es ein

Rüstungsexportkontrollgesetz, »das solche problematischen Rüstungsexporte verbietet und etwaige Verstöße über das Verbandsklagerecht justiziabel macht«. Neben verbindlichen, wirksamen und überprüfbaren Kriterien nennt die GKKE weitere Eckpunkte. So soll das Gesetz beispielsweise bestehenden Kontrolllücken, unter anderem im Bereich des Know-how-Transfers, entgegentreten.

Die GKKE zeigt sich zudem besorgt über die Entwicklung bewaffnungsfähiger Drohnen durch die deutsche und europäische Rüstungsindustrie – beispielsweise im Rahmen von Projekten wie Eurodrohne und FCAS. Es sei an der Zeit, sicherzustellen, dass deutsche und europäische Drohnentechnologie nicht an Empfänger gelangt, die sie zu externer Aggression, interner Repression oder völkerrechtswidrigen Tötungen einsetzen.

Vor dem Hintergrund europäischer Kooperationen im Rüstungsbereich, militärischer Ausstattungshilfe durch die EU und Rüstungsexporten in Krisenregionen spricht sich die GKKE für eine strengere Rüstungsexportkontrolle auf EU-Ebene aus. Sie fordert die Bundesregierung auf, eine strenge und einheitliche Anwendung des *Gemeinsamen Standpunktes der EU* einzufordern und zusätzlich zum nationalen Rüstungsexportkontrollgesetz auf eine neue, rechtlich verbindliche EU-Verordnung hinzuarbeiten.

Redaktion: Charlotte Kehne, Januar 2022

- Der Rüstungsexportbericht der GKKE steht als PDF-Datei unter www.gkke.org/download-publikationen-zum-herunterladen zur Verfügung.
- Die gedruckte Broschüre (DIN A5, 122 Seiten) kann – solange der Vorrat reicht – kostenlos bei der Geschäftsstelle von Ohne Rüstung Leben angefordert werden.

Die Kampagne gegen Rüstungsexport bei Ohne Rüstung Leben wird gefördert durch:

**Brot
für die Welt**

mit Mitteln des
Kirchlichen
Entwicklungsdienstes

In der Reihe »kompakt« veröffentlichen wir Kurzbeiträge zu aktuellen friedenspolitischen Themen.

© und Bezug: Ohne Rüstung Leben, Arndtstraße 31, 70197 Stuttgart, Telefon 0711 608396, Fax 0711 608357, Mail orl-info@gaia.de, www.ohne-ruesting-leben.de.

Spenden: Ohne Rüstung Leben, Evangelische Bank, IBAN DE96 5206 0410 0000 4165 41, BIC GENODEF1EK1, www.ohne-ruesting-leben.de/spenden.